

Die These eines betriebsorientierten Ansatzes

Bechtle, Günter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bechtle, G. (1978). Die These eines betriebsorientierten Ansatzes. In K. M. Bolte (Hrsg.), *Materialien aus der soziologischen Forschung: Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1976 in Bielefeld* (S. 888-906). Darmstadt: Luchterhand. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-190472>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die These eines betriebsorientierten Ansatzes

Günter Bechtle

Vorbemerkung: Die Absicht des Referats

Immanent wurden die folgenden Thesen, Ansatzpunkte eines theoretischen Ansatzes, in einer Perspektive formuliert, die hier noch einmal explizit angesprochen werden soll¹⁾. Ziel war nämlich unter anderem eine immanente Kritik, bzw. wenigstens partielle Überwindung unfruchtbarer, dualistischer Konstruktionen, die (nur) der Abgrenzung von metatheoretischen Positionen mittels Etiketten dienen, was insbesondere dann banal wird, wenn dies an die Stelle einer Problemdiskussion tritt. Wir denken an solche Konstruktionen wie subjektivistisch versus objektivistisch, voluntaristisch versus deterministisch, mikrosoziologisch-betrieblich versus makrosoziologisch-gesellschaftlich, technologisch-exogen-statisch versus interessenbedingt-endogen-dynamisch u.a.m. Nur mit Einschränkung bezieht sich diese Kritik auch auf die Gegenüberstellung von Handlungstheorie versus Gesellschaftstheorie. Aber darauf geht das Referat in seiner Begrifflichkeit ohnehin intensiver ein.

Mit der kritischen Absicht verbindet sich ein zweites Interesse:

Es sollte - und dies durchaus selbstkritisch - wenigstens richtungsweise versucht werden, jene begrifflich-theoretischen Veränderungen und Erweiterungen aufzuzeigen, die in den letzten Jahren, verglichen mit dem Erkenntnisstand von 1971²⁾, auf den sich die anderen Referenten dieser Veranstaltung und der weitere industriesoziologische Fachkreis üblicherweise beziehen, vorgenommen wurden. Was sich in dem gegenwärtig vorliegenden Arbeitsergebnis niederschlägt, ist das Produkt von

zwei ineinander verschränkten Forschungs- und Denkprozessen. Auf der einen Seite war es die Phase einer neuerlichen, intensiven Auseinandersetzung mit der Marx'schen Theorie und der einschlägig politisch-ökonomischen Diskussion, auf der anderen die Konfrontation mit konkreten Forschungsfragestellungen³⁾. Es erwies sich dabei, daß die Aufbrechung einer empirischen Fragestellung in analytisch "relevante" - im Gegensatz zu "willkürlichen" - Schnitten den Bezug auf theoretisch bestimmte Begriffe verlangt, "die Darstellung der Verhältnisse soweit sie ihrem Begriff entsprechen", ohne daß jene Schnitte, d.h. die empirische Analytik, aus diesen theoretisch begründeten Begriffen logisch deduzierbar wären. Die empirischen Erscheinungsformen eines konkreten Forschungsobjektes - Betrieb, Arbeitsmarkt, Technik und Organisation, Qualifikationsstruktur, etc. - sperren sich gleichzeitig gegen deren theoretischen Begriff, was zu erklären aber gleichermaßen notwendig ist. Einfache empiristische Falsifizierung, jene also, die die Differenz zwischen Begriff und Erscheinung schon gar nicht interessiert, ist so irrelevant wie die Hypostasierung von Begriffen dogmatisch-ideologisch ist.

Die Struktur des Referats ergibt sich aus den drei zu behandelnden Schwerpunkten:

Zuerst wird versucht, das industriesoziologische Theoriedefizit als spezifisches Problem der Vermittlung zwischen der allgemeinen Ebene des gesellschaftlichen Produktionsprozesses und der Ebene einzelkapitalistisch besonderer, in Betrieben organisierter Produktionsprozesse auszuweisen.

In einem zweiten Schritt geht es darum, Struktur und Prozeß dieser Vermittlung mit Hilfe analytischer Dimensionen zu bestimmen, die den Rahmen abstecken, innerhalb dessen Formen von Produktionstechnik, Arbeitsorganisation und Qualifikationsstruktur sowie deren Verhältnis streuen können.

Der letzte Schritt schließlich besteht darin, den skizzierten Vermittlungszusammenhang auf die historisch-empirische Ebene des Produktionsprozesses zu beziehen, wozu ein bestimmter Begriff von "Betrieb" als dessen Einheit sowie von betrieblichem Handeln als "Strategie" der Beherrschung des Produktionsprozesses notwendig sind.

1. Zur Struktur des Problems

In seinem Einleitungsreferat verweist G. Brandt zurecht, und wir meinen auch richtig, auf ein grundlegendes Theoriedefizit der Industriesoziologie, die bis heute die Ebene von Gesellschaftstheorie "technologisch oder handlungstheoretisch unterschreitet"⁴⁾.

Dieses Defizit läßt sich systematisch und zugleich differenziert bestimmen: Es geht einmal um eine historisch-theoretische Rekonstruktion des Prozesses und der Struktur der Vermittlung zwischen den Formbestimmungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, wie sie die kapitalistische Produktionsweise charakterisieren, und den Erscheinungsformen konkret-besonderer Produktions- und Arbeitsprozesse und deren technologisch-organisatorisch-herrschaftsmäßig bedingten Formen menschlicher Arbeit. Daß diese Formen bei objektiv zunehmender Vergesellschaftung de facto "an sich" unvermittelt existieren, die Verwissenschaftlichung der Produktion zum Beispiel nicht in den von der Arbeitskraft erfahrbaren Arbeitsprozeß eingeht, technisch verwertbares Wissen gesellschaftlich akkumuliert wird und gleichzeitig Formen der Entqualifizierung oder der Qualifikationspolarisierung stattfinden - die formal abstrakte Tätigkeit "sans phrase" - muß selbst als Folge von Vermittlungen begriffen werden.

Zweitens geht es dann um eine Analytik, die empirisch den konkreten Forschungsgegenstand, Produktionsprozesse und ihre be-

trieblichen und außerbetrieblichen Abhängigkeiten aufzubrechen in der Lage ist, und die gleichzeitig aus der Struktur des erwähnten Vermittlungsprozesses "als Ausgangspunkt" begründbar ist.

Implizit wird damit behauptet, daß zum Zweck, den Verlauf der technisch-organisatorischen Entwicklung und ihrer Folgen für die Formen menschlicher Arbeit auf der historisch-empirischen Ebene zu erklären, zwei Kategorien von Fragestellungen und Erklärungsansätzen sich als unfruchtbarer Einstieg erweisen:

(1) Eine Kategorie von Erklärungsversuchen, die nahezu geschichtsphilosophisch-hegelianisch ausmachen will, ob die Produktionsverhältnisse in der Struktur der Produktivkraft aufgehoben seien. Kapital dann vergegenständlichte Produktivkraft "ist", oder ob, mit dem scheinbar gleichen Ergebnis, die Produktionsverhältnisse lebendige und vergegenständlichte Produktivkraft reell unter sich subsumieren, Herrschaft z.B. nur noch als Technologie existiert, diese zum Zwangsverhältnis wird.

Eine schlechte Auflösung des dualistisch konstruierten Widerspruchs liegt auch dann vor, wenn in die Verwissenschaftlichung der Produktion und in die sie begleitende Automatisierung ein automatischer Mechanismus der Entfaltung des emanzipatorischen Potentials der Produktivkräfte hineinprojiziert wird.

(2) Jene Kategorie von Ansätzen, die die Erklärung empirisch ermittelter Zusammenhänge von Technik, Arbeitsorganisation und Qualifikationsstruktur auf die Durchsetzung der Interessen konkreter Subjekte reduzieren. Eine unreflektierte und unkritische Gleichsetzung handlungsleitender Normen mit der faktischen Tendenz der Durchsetzung von Kapitalinteressen im Betrieb (wie es etwa auch in der bürgerlichen Ökonomie und der Entscheidungstheorie geschieht) muß sich auch ein Ansatz vor-

werfen lassen, der als einzige oder zumindest zentrale Erklärungsdimension das Rentabilitätsprinzip einführt. Unkritisch bedeutet hier, daß eine ideologische Rekonstruktion von Phänomenen der "Oberfläche" reproduziert wird, daß jeder Widerspruch, zum Beispiel der zwischen einzelkapitalistischer Kostensenkung und gesellschaftlichen Produktionserfordernissen, zwischen Verwertung und Realisierung, stillgelegt wird.

Das Rentabilitätsprinzip nivelliert die unter dem Aspekt der Wertproduktion entscheidende Differenz zwischen konstantem und variablem Kapital. Rentabilität ist ein formal-abstraktes Entscheidungskalkül, von dem wir nicht behaupten, daß es nicht wirksam sei, dessen materiell-gesellschaftliche Voraussetzungen und Folgen aber in dem hier kritisierten Verwendungszusammenhang unter den Tisch fallen. Wir vermuten übrigens, daß die glatte und als solche falsche Zuordnung der Arbeitsorganisation zu den stofflichen Bedingungen des Arbeitsprozesses im Referat von Mickler⁵⁾ in systematischer Weise mit dieser Nivellierung zwischen konstantem und variablem Kapital im Rentabilitätsprinzip zusammenhängt. In unserer Perspektive nämlich ist die Arbeitsorganisation vielmehr als Schnittpunkt von stofflichen und wertmäßigen Voraussetzungen der Kapitalverwertung zu begreifen. Ob durch die Mickler'sche Konstruktion, bei der das Rentabilitätsprinzip voll und unterschiedslos in den stofflichen Formen des Arbeitsprozesses aufgeht (es werden allenfalls vereinzelt Ausnahmen zugelassen), durch die Hintertür nicht doch wieder ein technologischer Determinismus eingeführt wird, kann hier nicht weiter diskutiert werden.

Es ist schwer vorstellbar, wie ein solches kategoriales Defizit durch eine "Realanalyse" der Wechselwirkung zwischen Branchenentwicklung und Einzelunternehmen - abgesehen von der methodischen Fragwürdigkeit der Branchenkategorie als aggregierte Einheit der Bewegung der Kapitalakkumulation - behoben werden könnte, was nicht bedeutet, daß keine empirisch brauchbaren Informationen im Sinne historischer Deskription anfallen.

Solche Ausgangspunkte jedenfalls, sei es die einseitige Auflösung von strukturellen Widersprüchen innerhalb des kapitalistischen Produktionsverhältnisses oder zwischen diesem und den Produktivkräften, sei es die Reduktion und Nivellierung solcher Widersprüche auf Interessen an Rentabilität auf der einen, an Qualifizierung und Veränderung von Arbeitsbedingungen auf der anderen Seite, sind unzureichend; nicht weil dabei die konkrete Totalität des gesellschaftlichen Produktionsprozesses theoretisch verkürzt würde - niemand kann im Ernst unter dem Aspekt des Theorie-Empirie-Problems eine enzyklopädische Theorie verlangen oder sogar Gesellschaftstheorie damit verwechseln -, sondern weil das Verhältnis zwischen den Formbestimmungen des gesellschaftlichen Gesamtprozesses als theoretisches Problem ignoriert wird. Ignoriert wird das Vermittlungsproblem, wenn strukturell bestimmte Entwicklungsgesetze strukturalistisch oder ökonomistisch auf den historischen Verlauf projiziert werden, oder wenn dieser selbst nach nicht abgeleiteten Kriterien schematisiert wird, oder wenn empirisch-analytisch gewonnene Ergebnisse - scheinbar theoretisch - verallgemeinert werden.

2. Zur Struktur des Vermittlungsprozesses

Dem Vorwurf nun, das Vermittlungsproblem nur reduktionistisch zu lösen und damit zu umgehen, entzieht man sich nicht dadurch, daß subjektive Interessenprinzipien ihrerseits auf den Konkurrenzdruck bezogen und damit scheinbar als objektive ausgewiesen werden.

(1) Der Konkurrenzmechanismus ist nämlich nur eine, historisch unterschiedlich ausgeprägte und unterschiedlich wirksame Vermittlungsdimension zwischen gesellschaftlichen Erfordernissen der Kapitalverwertung und der Reproduktion und im Betrieb sich durchsetzenden Interessen. In der Marx'schen Theorie ist bekanntlich die Konkurrenz ein "äußerer Zwang", in dem "alles

verkehrt erscheint". Die theoretische Rekonstruktion des Zusammenhangs von Interessen und objektiven historischen Verwirklichungsbedingungen darf diesen Schein nicht selbst reproduzieren.

Um die Verwertung vorhandenen Kapitals unter den durch die Konkurrenz gegebenen Bedingungen äußeren Zwangs zu sichern, muß gleichzeitig Schrankenlosigkeit von Verwertung sich durchsetzen lassen. Ein jeweils existierender Konkurrenzzusammenhang kann nicht als absolute Begrenzung von Kapitalverwertung begriffen werden, weil es gleichzeitig deren Prinzip ist, jede Begrenzung zu negieren. Die notwendige Schrankenlosigkeit in und gegenüber gesellschaftlichen Grenzen herzustellen, erfordert, daß das Prinzip von Autonomie wirksam wird. Eine Regulierung des Zusammenhangs (oder krisenhafte Zusammenhanglosigkeit) des gesellschaftlichen Produktionsprozesses erfolgt in der Wechselwirkung zwischen Konkurrenzmechanismus und Autonomieprinzip, in der sich die Formen von Konkurrenz und Autonomie selbst verändern⁶⁾.

Nun sind zwar im allgemeinen Kapitalbegriff Gegensätzlichkeit und Einheit von Kapital und Gesellschaft begrifflich bereits angelegt. Insofern man aber theoretisch und historisch ausschließt, daß das "Kapital im allgemeinen" zur Selbstreflexion in dem Sinne fähig ist, daß es sich gleichzeitig als Kapital und als Nicht-Kapital konstituieren kann, gibt es kein autonomes Gesamtkapital, kann sich autonome Kapitalverwertung nur als Autonomie von Einzelkapitalen durchsetzen: Autonomie bleibt borniert.

Inhaltlich erweist sich diese Autonomie des Einzelkapitals etwa an der immer wieder durchgesetzten Fähigkeit, im Bereich der Bandbreite unbezahlter Mehrarbeit unterhalb der gesellschaftlichen Wertgrößen (bzw. Marktpreise) und dennoch mit eigenem Profit das Warenkapital zu realisieren. Damit wird aber zugleich deutlich, daß der Konkurrenzmechanismus (in die-

sem Falle Preiskonkurrenz) auf der Voraussetzung der Fähigkeit des Einzelkapitals zur Autonomie gegenüber existierenden gesellschaftlichen Normen (Preisen) aufbaut als einer Voraussetzung, die aber im Akkumulationsprozeß selbst produziert wird. Historisch kommt die Wirksamkeit des Autonomieprinzips als Folge dieses Mechanismus darin zum Ausdruck, daß die Beziehung zwischen Kosten und gültigen Marktpreisen weder theoretisch transparent noch politisch steuerbar ist (Stichwort: Stagflation).

(2) Mit der prinzipiellen Gleichgültigkeit der Kapitale gegeneinander ist, eng verbunden mit Konkurrenz und Autonomie, ein drittes konstitutives Element des gesellschaftlichen Produktionszusammenhangs gegeben: Seine innere Kontingenz. Die Regulierungsgrößen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, also im wesentlichen Wert- und Preisrelationen (in denen aber selbst soziale Machtbeziehungen verdinglicht sind), und damit die Formen und Beziehungen zwischen Produktion, Zirkulation, Distribution und Konsumtion, sind zwar in historischen Momentaufnahmen jeweils bestimmte, aber sie sind nicht ex ante bestimmbar. Produktion ist nicht unmittelbar Selbstverwertung von Kapital. Dessen Identität als Einheit von Produktion und Verwertung ist abstrakt. Real löst sie sich auf in die im Produktionsprozeß vorausgesetzte und in die reale Verwertung, die sich wechselseitig äußerlich bleiben. Historisch drückt sich diese Verschiedenheit im Auftreten eines Widerspruchs aus, den zum Beispiel Sohn-Rethel begrifflich mit dem Gegensatz zwischen "Produktions- und Marktökonomie" zu fassen sucht.

Die beiden wichtigsten Erscheinungsformen kontingenter Kapitalverwertung im gesellschaftlichen Produktionsprozeß, nämlich konkurrenzbedingte Kapitalentwertungen und Chancen der Erzielung von Extraprofit, sowie marktbedingte Realisierungspässe und das Auftauchen neuer Realisierungs- und Erweiterungschancen, verweisen das Einzelkapital zu ihrer Bewältigung bzw. Nutzung wegen seiner Anpaßbarkeit, seiner technisch-organisa-

torischen Gestaltbarkeit und seiner Funktion als Ort der Nutzung von Arbeitsvermögen auf den Produktionsprozeß.

(3) Auf diesem Hintergrund läßt sich der Begriff der Autonomie des Einzelkapitals in seiner Bedeutung für den Arbeitskräfteinsatz schärfer fassen: Die im Kapitalverhältnis als Machtverhältnis angelegten kontingenten Möglichkeiten der Formen der Nutzung (oder Nicht-Nutzung) von Arbeitskraft werden einzelkapitalistisch, unter dem Konkurrenzdruck und unter dem Zwang autonomer Kapitalverwertung, ausgeschöpft und in technisch-organisatorisch und hierarchisch bestimmte Nutzungsformen seiner Arbeitskraft als individueller Mehrwertquelle im konkreten Produktionsprozeß transformiert.

Die Gestaltung konkreter Produktionsprozesse steht also nicht nur unter dem Diktat autonomer Kapitalverwertung in Form der Bewältigung variabler Außen- und spezifischer Binnenbedingungen, sondern auch unter dem der Aufrechterhaltung eines asymmetrischen gesellschaftlichen Machtverhältnisses.

Machtasymmetrie im unmittelbaren Produktionsprozeß bedeutet, daß die technisch-organisatorischen und hierarchischen Formen seiner Beherrschung durch eine Gestaltung von Arbeitsformen erfolgt, die eine qualifikatorisch-intelligente und politisch-entscheidungsmäßige Verfügung über den Produktionsprozeß durch die kooperierende Arbeitskraft in Grenzen hält (nicht möglich und/oder nicht notwendig macht).

Machtasymmetrie bedeutet ferner, daß die gesellschaftliche Bewertung einer Arbeitskraft im Tauschäquivalent und die Verwendung oder Zerstörung ihrer Qualifikation im Arbeitsprozeß, daß der Wert der Arbeitskraft und die Funktion von Arbeit im Prozeß nicht aufeinander reduzierbar sind, obwohl oder gerade weil sie scheinbar faktisch in den stofflichen Bedingungen des Produktionsprozesses bzw. in der Form der arbeitsorganisatorischen Zuordnung der Arbeitskraft zum Prozeß zusammenfallen.

Daraus zwei Schlußfolgerungen:

- o In dem Maße, wie sich diese Form der Beherrschung des Produktionsprozesses in ihrer Doppelfunktion als Disziplinierung von lebendiger Arbeit und als Absicherung autonomer Kapitalverwertung historisch durchsetzt, wird die Reproduktion der Arbeitskraft (auch ihre qualifikatorische) und die Auseinandersetzung um neue Reproduktionsformen von konkreten Machtverhältnissen, d.h. politische bestimmt; ökonomische Sachzwänge, die Regulierung des historischen Reproduktionsniveaus der Arbeitskraft, i.w.S. unter dem Zwang der Sicherung wirtschaftlicher Stabilität oder der Überwindung einer Krise, werden dem Marktmechanismus entzogen und machtpolitisch, auf Basis der historischen Form der Produktionsverhältnisse, u.U. auch gegen kapitalistische Einzelinteressen verordnet .

- o Weil aber durch die kapitalistische Arbeitsorganisation Ohnmacht in Form der Unterwerfung der Arbeitskraft unter "beliebige Bestimmungen" konkret im Produktionsprozeß produziert wird, ist diese selbst politisch zu begreifen.

Das Verhältnis von Machtasymmetrie und Autonomie ist auf der Ebene des Einzelkapitals nur historisch konkret zu bestimmen. Prinzipiell besteht die Form der Einlösung beider Prinzipien darin, daß die Variabilität der stofflichen Elemente von Arbeitsprozessen in ihren Effekten auf notwendige Qualifikationen und andere Reproduktionserfordernisse von Arbeitskraft minimiert wird. Dies erfolgt durch technologische Veränderungen oder dadurch, daß solche Variabilitäten in abstrakte Normen, insbesondere Zeitnormen aufgelöst werden, deren Durchsetzung es erlaubt, den Produktionsprozeß kontinuierlich zu steuern.

Die Durchsetzung beider Prinzipien gelingt dem Einzelkapital auf historischer Ebene nur begrenzt, weil die historischen Ausprägungen des Konkurrenzzusammenhangs und des Akkumulations-

prozesses das Einzelkapital vor die Notwendigkeit stellen können, entweder Teile von Autonomie aufzugeben oder Formen der Gestaltung des Produktionsprozesses zu akzeptieren, die nur partiell mit dem Prinzip der Machtasymmetrie vereinbar sind. So können z.B. unvermittelt auf den konkreten Produktionsprozeß durchschlagende, wertmäßige und stoffliche Variabilitäten des Marktes, der Konkurrenz, fremdentwickelter technologischer Innovationen etc. ein Arbeitshandeln verlangen, das nicht voll programmierbar und subsumierbar ist, nicht mehr "gleichgültig" gegenüber dem Produktionsprozeß bleiben darf.

Die Notwendigkeit der Elastizität des Produktionsprozesses bedeutet insbesondere, daß die technologische Entwicklung nicht direkt auf die abgeforderte Qualifikation im Produktionsprozeß durchschlägt, vielmehr organisatorisch abgefangen wird. Dies liegt den Formen der Arbeitsteilung im Arbeitsprozeß zwischen Planung, Vorbereitung, Ausführung, Kontrolle, Verkauf etc. zugrunde.

(4) Da gerade hier ein grundlegendes Theoriedefizit vorliegt, läßt sich nur vermuten, daß Qualifikationsprobleme gesellschaftlich, aber nicht automatisch auch betrieblich dann auftreten, wenn die angesprochene Negation lebendiger Arbeit auf Grenzen stößt, deren Überziehung gerade ihre spezifische Qualität, nämlich elastischen Einsatz, Anpassungsfähigkeit und damit gesellschaftliche Produktivität, zerstört. Dies geräte zur Kritik an herkömmlichen Arbeitsorganisationsformen, nicht, weil in diesen Arbeitsfunktionen geteilt werden, sondern weil Qualifikationen individueller Arbeitskräfte zerlegt und dadurch hervorgerufene Qualifikationsdefizite durch Herrschaft, und nicht durch die zeitlich-sachliche Kommunikation und Interaktion der Arbeitskräfte zwischen verschiedenen Prozessen, kompensiert werden.

Hier ist eine Anmerkung zu der Interpretation unseres Ansatzes, wie sie von Fricke⁸⁾ vertreten wird, angebracht: Aus einer

Analyse der Gestaltung des konkreten Produktionsprozesses, der strukturell bestimmte Autonomie- und Machterfordernisse von Einzelkapital zugrunde liegen, läßt sich keineswegs durch eine einfache logische Ergänzung auf eine historisch wählbare Alternative in Form eines möglichen oder notwendigen oder zu entfaltenden subjektiven Handlungspotentials auf seiten der Arbeitskräfte schließen. Läßt man einmal den Verdacht aus dem Spiel, dem Konzept der Arbeiterautonomie könnte ein anthropologisch-ganzheitlicher Arbeitsbegriff, der sich (nur) am mechanischen Konzept der zerlegten Teilarbeit profilieren läßt, zugrunde liegen, bleiben doch zentrale Vorfragen unberücksichtigt.

(1) Entweder ist "Arbeiterautonomie" ein Moment der Bewegung von Geschichte, indem sie sich als notwendige Lösung eines historischen Widerspruchs präsentiert und nicht als einfache Gegenüberstellung gegen die Dominanz des Verwertungsprinzips, oder sie entbehrt einer realen Perspektive. Eine "auf sich selbst gegründete" Arbeiterautonomie trifft die gleiche Kritik, wie sie Marx gegenüber dem Vulgär-Kommunismus formuliert hat.

(2) Nicht ohne Grund erfährt man nichts darüber, ob "Arbeiterautonomie" als individuelle, an Einzelpersonen geknüpfte zu verstehen ist oder als kollektive, aber dann in welcher Form, d.h. in welchem Zuschnitt des (betrieblichen) Gesamtarbeiters: Als Arbeitsgruppe, in welcher Beziehung zur technischen Intelligenz usw.? Das Konzept der Arbeiterautonomie - typischerweise wird der Begriff der "beruflichen Autonomie" praktisch synonym verwandt - kann (die nicht vorhandene) Theorie eines realen Subjekts im kapitalistischen Produktionsprozeß nicht ersetzen, bleibt "unschuldig" gegenüber dem Problem, wie die Überwindung "fremder Subjektivität und fremder Objektivität" im Produktionsprozeß angesichts der nur in Form von Lohnarbeit als Subjekt existierenden Arbeitskraft gedacht werden soll. Die Bestimmung der Notwendigkeit autonomer Kapital-

verwertung durch das Einzelkapital, die jeder Subjektqualität, auch der des kapitalistischen Managements, strukturell vorgelagert ist, und eine (politischmotivierte) Analyse oder gar Herstellung subjektiv-autonomer Handlungspotentiale gehören jedenfalls zu kategorial unterschiedlichen theoretischen Ebenen.

3. Zur Struktur des Forschungsansatzes auf der historisch-empirischen Ebene

Akzeptiert man in der Perspektive unserer Fragestellung die These von der Zentralität des unmittelbaren Produktionsprozesses als konkrete Einheit einer Vielfalt von politisch-ökonomischen Bestimmungen, die wir in den Begriffen von Konkurrenz, Autonomie, Kontingenz und Machtasymmetrie nur verkürzt wiedergeben können, so bleibt die Frage offen, wie man im Forschungsprozeß die historisch-reale Entstehung und Veränderung, die Bewegung dieser Einheit begrifflich erfassen kann; und zwar nicht als bloße Klassifikation von Produktionsprozessen, zum Beispiel nach dem Gegenstand eines Prozesses oder nach dessen Niveau an technologischer Autonomie, sondern mit Hilfe analytischer Kategorien, die empirisch nutzbar sind und sich zugleich auf theoretische Hypothesen über die Bewegungsgesetze des kapitalistischen Produktionsprozesses rückbeziehen lassen. Dieser Anspruch ist bisher nirgends eingelöst; unsere eigenen Versuche gehen in folgende Richtung:

(1) Das Verhältnis zwischen den verwertungsrelevanten Bedingungen des einzelkapitalistisch konkret-besonderen und den reproduktionsrelevanten Bedingungen des allgemeinen gesellschaftlichen Produktionsprozesses ist analytisch im "Betrieb" als Prozeß der Herstellung und Auflösung ihrer Einheit in sich verändernden (oder auch erstarrenden) Formen von Herrschaft, Technologie und Organisation faßbar⁹⁾. Einzelkapitalistische Autonomie und die gesellschaftlichen Bedingungen der

Kapitalverwertung und Reproduktion treten als konfliktuelle, wenn nicht widersprüchliche Anforderungen an die Gestaltung und Beherrschung von betrieblichen Produktionsprozessen auf. Die in seinen Autonomiebestrebungen sich ausdrückende prinzipielle Gleichgültigkeit des Einzelkapitals gegenüber historisch gegebenen stofflichen Bedingungen der Produktion, seine Indifferenz gegenüber bestimmten Produkten wie gegenüber bestimmten Qualifikationen, und die Grenzen von Autonomie treten im Betrieb in Erscheinung: Spezifische betriebliche Bedingungen (vorhandene und beschaffbare Technologie, Marktchancen für gegenwärtige und alternative oder zusätzliche Produkte, Stellung auf dem Arbeitsmarkt bzw. auf unterschiedlichen Teilarbeitsmärkten) begrenzen auf der einen Seite schranken- und zeitlose Kapitalverwertung, bezeichnen auf der anderen Seite Dimensionen betrieblichen Handelns, das sich an sich verschiebende, erweiternde und verengende gesellschaftliche Grenzen anzupassen sucht.

(2) Um die Bewegung des konkreten Produktionsprozesses bzw. eines betrieblichen Produktionsprozesses zu erfassen, ist man auf der empirischen Ebene auf "betriebliches Handeln" verwiesen. Aber mit dem Nachweis und der inhaltlichen Beschreibung "subjektiv-interessegeleiteten Handelns" unter angebbaren empirischen Bedingungen ist eine Erklärung noch nicht mitgeliefert. Die Funktion dieses Handelns für das Einzelkapital und für den Gesamtprozeß ist, wie andeutungsweise nachgewiesen, nicht identisch, sondern widersprüchlich. Dies läßt sich beinahe banal etwa daran demonstrieren, daß die Effekte einzelkapitalistischer Nutzung von Arbeitskraft für das Einzelkapital andere sind als für die Gesellschaft. Schrankenlosigkeit auf der einen und Begrenzung auf der anderen Seite treten als "betriebliche Probleme" der Beherrschung des Produktionsprozesses auf. Dies kann sich empirisch wiederum unterschiedlich darstellen: Als Einsatzprobleme von Arbeitskraft (Qualifizierungs-, Rekrutierungs-, Legitimierungsprobleme), als Innovationsprobleme (von Produkt und Prozeß), als Problem

der Erfüllung staatlicher Auflagen etc.

Den objektiven Bezug betrieblichen Handelns auf das Verhältnis zwischen Einzelkapital und Gesellschaft, zentral auf die Formen der Einlösung (oder des Scheiterns) des Autonomieerfordernisses, versuchen wir mit dem Begriff "betriebliche Strategie" zu erfassen. Objektive Bestimmtheit von Strategie ist für uns nichts anderes als das, was wir theoretisch als die Struktur des Vermittlungsprozesses zwischen dem konkreten Produktionsprozeß und dem gesellschaftlichen Gesamtprozeß bestimmten.

(3) Dies besagt aber gleichzeitig - um eines der häufigsten Mißverständnisse unseres Forschungsinteresses wenigstens anzusprechen -, daß dieses nicht darin besteht, auf der sogenannten Mikroebene die empirische Vielfalt betrieblicher Lösungsformen je nach spezifischen, differenziert zu erhebenden Bedingungen zu erfassen und zu beschreiben, nur um immer wieder jeweils andere theoretische Prognosen, die sich mehr oder weniger global an Widerspruchskonzepten, angelegt auf der Ebene des gesellschaftlichen Gesamtprozesses, abstoßen, zu falsifizieren. Die strategische Interpretation betrieblichen Handelns versucht vielmehr auf die Frage zu antworten: Wie wird unter spezifischen betrieblichen Bedingungen durch die Gestaltung des konkreten Produktionsprozesses der Zusammenhang von Produktionstechnik, Arbeitsorganisation und Qualifikation so strukturiert, daß Markt und Konkurrenz bewältigt (abgefangen oder ausgeschaltet) werden? Und: Wie wird durch die Form der Prozeßbeherrschung über entsprechende Formen von Arbeit die Beherrschung lebendiger Arbeit durch den Prozeß als eine Basis gesellschaftlicher Machtasymmetrie sichergestellt? Damit verweist der Begriff der Strategie gleichzeitig auf die Frage nach den Grenzen von Autonomie und der in ihr genutzten gesellschaftlichen Machtasymmetrie, d.h. auf die Defizienz struktureller gesellschaftlicher Lösungsmuster. Diese tritt in Erscheinung, was als Hypothese differenziert zu entfalten

wäre, wenn Technologie und menschliche Arbeit ihre "elastische Potenz" verlieren: Wenn eine starre, zum Beispiel extrem produktspezifische und eben deswegen der Ökonomie des Kapitals gehorchende Technologie nicht durch eine zeitlich prinzipiell disponible und sachlich elastisch einsetzbare Arbeitskraft auf notwendige Puffer ausweichen kann; dies wiederum ist dann der Fall, wenn eine Flexibilisierung des quantitativ-qualitativen Leistungspotentials des betrieblichen Gesamtarbeiters arbeitsorganisatorisch nicht (mehr) gelingt, weil dieses Machtinstrument aufgrund der (politisch als Gegenmacht durchgesetzten, aber objektiv, d.h. durch Arbeitsmarktstrukturen begründbaren) Rigidität der Arbeitskraft stumpf geworden ist.

(4) Wir meinen, daß mit diesem Vorgehen der Anspruch, den gesellschaftstheoretischen Bezug industriesoziologischer Forschung begrifflich zu entfalten, gleichzeitig abstrakter und differenzierter einlösbar ist, als dies mit der Sohn-Rethel'schen Konstruktion des Gegensatzes von Produktions- und Marktökonomie möglich ist. Einmal ist dies für uns nur eine mögliche Form, in der der Widerspruch zwischen einzelkapitalistischen Autonomieerfordernissen und gesellschaftlichen Erfordernissen historisch begrenzter Reproduktions- bzw. Tauschpotentiale auftreten kann. Zweitens ist in dieser Konstruktion im Gegensatz zu unserer Analyse des Vermittlungsprozesses die Struktur der Lösungsform entweder ganz offen oder aber im Sinne der unvermeidlichen Krise bereits vorentschieden. Davon abgesehen halten wir es methodisch für bedenklich, ein Moment der Marx'schen logischen Analyse des Kapitals - den Widerspruch zwischen gesetzter Verwertung und realer Verwertung - zu historisieren und mit dem Taylorismus virulent werden zu lassen; dies geschieht etwa dann, wenn der Marx'sche Begriff der "reellen Subsumtion" dadurch historisiert wird, daß der Taylorismus als die dem Kapitalverhältnis adäquate Subsumtionsform ausgewiesen wird (so Mendner)¹⁰ .

(5) Rekapitulieren wir abschließend das eingangs angerissene methodische Problem in der Perspektive der insbesondere unter Punkt II skizzierten theoretischen Analyse, so ergibt sich eine spezifische Einschränkung, was die Überwindung des Theoriedefizits betrifft: Die Konzepte der Konkurrenz, der Autonomie, der Kontingenz und der Machtasymmetrie, die sich um den gemeinsamen Bezugspunkt der Beherrschung des Produktionsprozesses zentrieren, haben den Status einer theoretischen Formanalyse. Mit ihrer Hilfe lassen sich nicht mehr als Momente der Bewegung und Veränderung der Forschungsobjekte - Technologie, Arbeitsorganisation, Qualifikation - und auch dies zunächst nur in Form von Hypothesenbildung bestimmen, lassen sich keine historisch-empirischen Abläufe theoretisch vorstrukturieren. Die zu deren Rekonstruktion notwendige, empirisch brauchbare Analytik kann aber nicht "ein für allemal", in einem Durchstieg erarbeitet werden, sondern nur von Fall zu Fall und bezogen auf die je spezifische Fragestellung. Dies stellt weder eine Absage an die Theoriebildung, noch eine aufwendig konstruierte Entschuldigung für nicht einlösbare Ansprüche dar. Es handelt sich unseres Erachtens beim gegenwärtigen theoretischen und empirischen Kenntnisstand der Industriesoziologie um ein Vorgehen, das der Struktur des Problems und der Natur des Gegenstandes selbst entspricht.

Anmerkungen

- 1) Dieser Ansatz entstand im Rahmen der Arbeiten des Sonderforschungsbereichs 101 der DFG an der Universität München "Theoretische Grundlagen der Arbeitskräfte- und Berufsforschung" (Arbeitsbereich C, Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München (ISF)); ein hektographierter Zwischenbericht der Arbeitsgruppe Norbert Altmann, Günter Bechtle, Klaus Düll liegt vor: Bedingungen und Ziele des betrieblichen Arbeitskräfteeinsatzes, München 1974. Die umfangreichere Schlußfassung des Berichtes für den Sonderforschungsbereich ist für Frühjahr 1977 vorgesehen.

- 2) Gemeint ist in erster Linie die Veröffentlichung von Norbert Altmann und Günter Bechtle: Betriebliche Herrschaftsstruktur und industrielle Gesellschaft, München 1971, aber auch eine Reihe von Zwischenberichten und Arbeitspapieren des ISF und von anderen. - Neben der Diskussion mit den Kollegen des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. München verdankt sich die Weiterentwicklung des theoretisch-analytischen Instrumentariums auch wertvollen Anregungen von außen. Dies gilt, abgesehen von der Arbeit im Sonderforschungsbereich, insbesondere von den Berliner Kollegen H.J. Braczyk und R. Seltz.
- 3) Es handelt sich insbesondere um das Problem einer theoretisch begründbaren Analyse des Verlaufs technisch-organisatorischer Veränderungen, um das Verhältnis zwischen Betrieb und Arbeitsmarkt, sowie um die Veränderung der Formen der Nutzung von Arbeitsvermögen in betrieblichen Produktionsprozessen.
- 4) Vgl. den Beitrag von Brandt im vorliegenden Band.
- 5) Vgl. den Beitrag von Mickler im vorliegenden Band.
- 6) Eine Analyse von Konkurrenz- und Autonomieformen ist systematisch nicht ohne die Berücksichtigung jener anderen zentralen Vermittlungsdimension, die in der politischen oder Zirkulationssphäre begründet ist, möglich: Der Staat greift in die Bewegung von Autonomie und Konkurrenz konstitutiv ein und ist andererseits seiner Formbestimmung nach deren Produkt. Daß der hier skizzierte Ansatz darauf nicht eingeht, hat vorwiegend forschungspragmatische Gründe. Wir beschränken uns darauf, innerhalb konkreter Forschungsfragestellungen "Staat" bzw. staatliches Handeln als Bedingungen betrieblicher Problemlösungen ad hoc zu setzen. Die theoretische Begründung der im engen Zusammenhang mit Konkurrenz und einzelkapitalistischer Autonomie spezifisch begriffenen Staatsform ist Gegenstand eines anderen Projekts des ISF. Vgl. hierzu: Dieter Sauer: Staat und Staatsapparat - Ein theoretischer Ansatz, erscheint voraussichtlich Frühjahr 1977
- 7) In diesem Sinne ist die Reproduktion von Arbeitskraft nicht allein auf die Möglichkeiten von Konsum zu beschränken, sondern auf alle Momente der gesellschaftlichen und individuellen Reproduktion (Erhaltung von physisch-psychischem Arbeitsvermögen, Qualifizierung, Erhaltung des Tauschwertes von Arbeit auf dem Arbeitsmarkt etc.) zu beziehen. (Vgl. dazu auch die Forschungsarbeiten im Sonderforschungsbereich 101 der Universität München, Teilprojekt C 3).
- 8) Vgl. den Beitrag von Fricke im vorliegenden Band.

- 9) In diesem Prozeß kann, worauf hier nicht eingegangen werden kann, auch die Veränderung von Aneignungsformen notwendig werden: Kapitalistische Formen der Vergesellschaftung von Kapital.
- 10) Mendner, J.H.: Technologische Entwicklung und Arbeitsprozeß. Zur reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, Frankfurt a.M. 1975